

Beilage zu Nummer 185 der Volksstimme.

Dienstag den 10. August 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 10. August 1915.

Die Geschichte einer Milchpreiserhöhung — Ein skandalöser Lebensmittelmacher.

Wie's gemacht wird, um die Lebensmittelpreise zu steigern und das Volk zu schrecken, dafür erbringt der Hannoverische „Volksmüller“ einen interessanten Beleg. In Hannover ist vor einigen Wochen der Milchpreis von 22 auf 26 Pfg. erhöht worden, trotzdem er erst im Frühjahr von 20 auf 22 Pfg. gesteigert worden war. Als Grund wurden natürlich die angeblich erheblich gestiegenen Futterkosten angegeben, die mindestens eine Erhöhung des Milchpreises um 4 Pfg. rechtfertigen sollten. Mit welchen geradezu skandalösen Praktiken man aber bei dieser Milchpreiserhöhung gearbeitet hat und noch arbeitet, um den erzielten Wucherpreis zu halten, dies kennzeichnet so recht das Treiben gewisser Leute. Danach haben die im Milchverwertungsverein Hannover organisierten Milchproduzenten zunächst eine Erhöhung des Milchpreises auf 24 Pfg. für vollaus gereicht betrachtet. Allein dem geschäftlichen Drängen des Direktors Samann von der Zentralmolkerei Hannover gelang es, einen Preis von 26 Pfg. durchzusetzen, damit man nicht später „nötigenfalls“ eine weitere Erhöhung vorzunehmen brauchte. Wenn wir jetzt gleich 26 Pfg. nehmen, ist es ein Abmachen, und eine einmalige Erhöhung um 4 Pfg. ist vielleicht eher durchzusetzen als eine spätere nochmalige um 2 Pfg.

Um den Preis von 26 Pfg. zu halten, hatte der Milchverwertungsverein beschloffen, den Händlern, die weniger forderten, die Milchlieferung einfach zu sperren, und durch ein „Rundschreiben“ wurden die Mitglieder des Vereins nochmals zur rückfälligen Durchföhrung dieses Beschlusses aufgefordert. Das ist auch bereits gegen einige Händler geschehen und über diese Entziehung, die man früher mit Terrorismus zu bezeichnen pflegte, liegt ein ganz interessanter Schriftwechsel vor, der die Gründe für das Vorgehen der Preistreiber eigenartig beleuchtet. Danach sei die durch die Milchpreiserhöhung in Hannover geschaffene Notlage der ärmeren Bevölkerung gerade das, was die Produzenten haben wollten: je höher die Preise, desto eher hätten die Arbeiter das Stadtleben über und gingen wieder als Arbeiter aufs Land zurück.

In der Zeit des „Burgfriedens“ ist es natürlich unmöglich, diese Treiberkreise entsprechend zu kennzeichnen. Wundern man sich nun noch, daß der Milchverwertungsverein in dem erwähnten Rundschreiben seinen Mitgliedern volle Entschädigung für den Fall in Aussicht stellt, daß die Milchlieferungen an die Händler, infolge der beschlossenen Sperre zurückgehen, und daß weiter der genannte Verein auch die Kolkereien, Randwirte und Milchhändler der weiteren Umgebung Hannovers, die nicht im Verein organisiert sind, aufforderte, „keine Milch unter 26 Pfg. in Hannover und Vororten zu verkaufen, oder an Händler, die diesen Preis nicht innehalten, zu liefern“?

Bemerkenswert ist noch, daß alle diese Schriftstücke des Milchverwertungsvereins unterschrieben sind von dem Dekanatsrat Johannsen, dem Hauptgeschäftsführer der hannoverschen Landwirtschaftskammer, die damit indirekt ebenfalls für diese Preistreiberkreise mit solch verwerflichen Mitteln verantwortlich ist. Man wird unserem hannoverschen Parteiblatt, das sich durch die Aufdeckung dieses Wuchers ein Verdienst erworben hat, zustimmen, wenn es in diesem Vorgehen der Milchverwertung einen schlimmen Verstoß gegen die neueste Bundesratsverordnung vom 23. Juli erblickt, die ein Verbot von Gegenständen des täglichen Bedarfs verbietet, und von den zivilen und militärischen Behörden ein strenges Vorgehen gegen die vom Milchverwertungsverein begonnene Milchsperrung über Hannover fordert.

Im übrigen könnte die Stadtgemeinde Hannover diese Preistreiberkreise der Milchproduzenten genau so unterkünden wie es der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. getan hat, indem er einfach Höchstpreise für die Milch festsetzte. In Frankfurt und Umgebung waren ja die Milchproduzenten und -Händler noch unerschrockener wie in Hannover, denn hier wollten sie gar 30 Pfg. für den Liter Milch haben. Der Magistrat hat ihnen aber durch Festsetzung von Höchstpreisen einen dicken Strich durch diese profitliche Rechnung gemacht.

Lebensmittelversorgung in Karlsruhe.

Auf einen Initiativvortrag der sozialdemokratischen Fraktion im Bürgerausschuß hat der dortige Stadtrat nunmehr den Bürgerausschuß um die Zustimmung zu folgenden Vorschlägen ersucht: 1. daß die Stadtgemeinde im Falle des Bedarfs, vorerst während des Krieges, in noch größerem Umfange als bisher die im Haushalt massenhaft gebrauchten Lebensmittel sowie Rohlen und dergleichen beschafft und in möglichst zweckmäßiger Weise an die hiesigen Verbraucher zum Verkauf bringt; 2. daß die dafür erforderlichen Mittel, soweit sie nicht zur Verfügung stehen, vorerst bis zum Höchstbetrage von 1 Million Mark, durch vorübergehende Kapitalaufnahme beschafft werden.

Die Baustätigkeit in Wiesbaden

liegt, so schreibt auch das „Wiesbadener Tagblatt“, zurzeit vollständig darnieder. Nachdem Museum- und Lötterischul-Reisbau fertiggestellt sind, ist es an öffentlichen Bauten lediglich zurzeit der Erweiterungsbau der Kaiser-Wilhelms-Heilanstalt, welcher den Bauarbeitern Beschäftigung bietet. Nichtsdestoweniger ist, und zwar infolge der zahlreichen Einberufungen von Bauarbeitern, sowie der Beschäftigung vieler derselben in Mainz, Höchst, Frankfurt usw., die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen. Wurden deren im April noch 87 bei dem Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes angemeldet, so waren es Ende Juni nur noch 69. Was die Kriegsunterstützungen anlangt, so zahlen alle Ortsschaften der Umgebung, mit Ausnahme von Nordenstadt, Erbach und Neudorf, einen örtlichen Zuschuß zu der Staatsunterstützung, in der Hauptfache durch Vermittlung der zuständigen Kreisasse. Eingaben im Auftrag von Frauen an das Land-

ratsamt, betreffend die Bewilligung von Unterstüzungen, haben nach dem Geschäftsbericht in der Regel den gewünschten Erfolg gehabt. Einer in der Zeit vom 20. bis 26. Juni gemachten Erhebung gemäß waren aus dem Gebiet des Zweigvereins 407 Mitglieder an Hochbauten, 111 an Tiefbauten beschäftigt. 39 Mitglieder arbeiteten in der Landwirtschaft. Arbeitslos waren 46 und krank 45 Mitglieder. Von insgesamt 796 Mitgliedern waren 443 Maurer, 30 Zementreue, 79 Stuckateure, 21 Fliesenleger, 161 Hilfsarbeiter und 62 Erdarbeiter. Neu in den Verband eingetreten waren im Laufe des Berichtvierteljahres 44, ferner 5 Jugereiste und 14 vom Militär zurückgekehrte; ausgeschieden sind 7 wegen Abreise 78 zum Kriegsdienst Eingezogene, 37 wegen Beitragsrückstand Geschiedene und 10 Ausgetretene. Die Rechnung verzeichnet einen Zuschuß aus der Hauptkasse für Kriegsunterstützungen von 5500 Mark. In der ersten Hälfte dieses Monats wird eine Baustatistik über Lohnhöhe, Arbeitszeit und Zahl der im Beruf Beschäftigten aufgemacht.

Der Kartoffelverkauf am städtischen Marktstand erfreut sich eines außerordentlich regen Zuspruchs. Der Preis für prima gelbe Kartoffeln ist seit heute von 8 auf 7 Pfennig für das Pfund herabgesetzt. Die Abgabe erfolgt nur an die hiesige Bevölkerung gegen Vorzeigen der Brotausweiskarte; an Händler wird nichts verkauft. Am Mittwoch beginnt an der gleichen Stelle der Verkauf von prima Pfälzer Weiz- und Roggtraut zu Preisen, die ganz erheblich niedriger sind als die seitherigen Marktpreise. Außerdem dürfte am Donnerstag mit dem Verkauf von Einmachbohnen begonnen werden. Auch hier ist es gelungen, eine vorzügliche deutsche Ware zu beschaffen, die selbst den vorwühlichsten Ansprüchen gerecht wird. Der Preis stellt sich voraussichtlich auf 16 Pfennig pro Pfund.

Einem raffinierten Schwindler sind in der letzten Zeit verschiedene Geschäfte der Lad- und Wirtenbranche in Wiesbaden, Biebrich, Mainz und Frankfurt zum Opfer gefallen. Der Betreffende gab sich als Kellermeister Gortmann oder Müller aus und machte im Auftrage der Firma Göhl in Geisenheim große Bestellungen in Württen, Velen, Narben, Siegelad und sonstigen Gegenständen, die im Kellereibetrieb gebraucht werden. Dabei stellte er die Bedingung, daß ihm eine entsprechende Provision zukomme, die ihm meistens im Betrage von 6 bis 10 Mark auch gleich ausbezahlt wurde. Bei der Ablieferung der Waren stellte es sich dann heraus, daß die ganze Sache auf Schwindel beruhte. Da der falsche Kellermeister wohl noch öfters versuchen wird, seine gewinnbringende Beschäftigung fortzusetzen, sei vor ihm gewarnt. Er wurde erkannt als der Kaufmann Emil Julius Winzler geboren in Kreuznach, verheiratet, der schon im vorigen Jahre sich mit ähnlichen Schwindeleien betätigt hat und vom Gericht zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Unternehmer-Kalkulationen. Aus Zimmererkreisen wird und geschrieben: Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe veröffentlicht eine Berechnung einer Zimmerarbeit, die im Wege öffentlicher Submission vergeben wurde, nebst den Gesamtsummen der eingegangenen Offerten. Es handelt sich um einen Neubau einer kantonalen Behörde in der Umgegend Frankfurts. Die Berechnung des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes ergibt die Summe von 8399,50 Mark. Dabei muß bemerkt werden, daß die angeführten Preise nicht zu hoch sind. Aber der Unternehmer, der diesen Preis bekommen würde, kommt dabei zu einem angemessenen Verdienste. Das Resultat der Submission ist folgendes:

Firma	Summe
Klein von der Baustelle	5926.-
„ „ „ „	6083.-
„ „ am Plage	6080.-
„ „ von der Baustelle	6148.-
„ „ am Plage	6634.-
„ „ „ „	6867,50
„ „ „ „	7162.-
„ „ „ „	7214,80
„ „ „ „	7410,10
„ „ „ „	8117,50
„ „ „ „	8399,50

Wenn man diese Zahlenreihe sieht, muß man sich doch fragen, wie der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband noch den Mut findet, zu behaupten, die Behörden drückten die Preise und aus diesen Gründen sind die Unternehmer nicht in der Lage, Teuerungszulagen zu zahlen. Für Arbeitslohn berechnet der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband 1530.- Mark, das macht, pro Stunde mit 70 Pfennig berechnet, 2188 Stunden. Rechnen wir nun eine Teuerungszulage von 10 Pfennig pro Stunde, so würde die gewaltige Summe von 10000 Mark herauskommen. Die Differenz zwischen dem niedrigen Angebot und der Kalkulation des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes beträgt die Kleinigkeit von 2443,50 Mark. Jede Kritik zu diesem Sonderheft würde die Wirkung nur abschwächen.

Selbstmordverrückter. Ein in der Rauntaler Str. nahe 100-jähriger Buchbinder brachte sich am letzten Sonntag, während seine Familie abwesend war, mit einem Messer verschiedene Stichwunden bei. Seine Familie lehrte noch rechtzeitig zurück, um ihn vor Verblutung zu bewahren und ins Krankenhaus zu überführen. Das Motiv für den Lebensüberdruß ist in hochgradiger Nervosität zu suchen.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Aus dem Rheingau, 10. Aug. (Die ersten weichen Rieslingtrauben.) In den Weinbergen der Königl. Preussischen Domäne der Gemarkung Gattenheim wurden am 2. August bereits die ersten weichen Rieslingtrauben gefunden. Es ist dies im Vergleich mit anderen guten Weinjahren außerordentlich frühzeitig. Im Jahre 1911 wurden die ersten weichen Rieslingtrauben am 16. August, im Jahre 1904 am 3. August und im Jahre 1893 am 20. Juli festgestellt.

Biebrich, 9. Aug. (Ferienpaziergänge.) Je weiter wir dem Ende der Ferien entgegengehen, desto härter wird die Beteiligung an den Spaziergängen. Insgesamt waren es 1320 Kinder, 751 Mädchen und 569 Knaben, die sich betätigten. Die Zahl der aktiven Helferinnen betrug nur 25 Frauen. Der nächste und letzte Spaziergang findet am Donnerstag den 12. August statt.

Aus den umliegenden Kreisen.

Höchstpreise für Vieh und Fleisch.

Eine kleine bayerische Gemeinde ist dazu übergegangen, Höchstpreise nicht allein für Fleisch, sondern auch für Vieh festzusetzen. Der Magistrat von Egenfelden erließ folgende Bekanntmachung: 1. Der Preis für Schweine bis 2 Zentner Lebendgewicht wird auf 70 Mark pro Zentner, für Schweine über 2 Zentner auf 80 Mark festgesetzt. 2. Der Preis

für das Pfund Schweinefleisch darf 1 Mark nicht übersteigen. 3. Der Preis für das Pfund Rindfleisch (Ochsenfleisch ausgenommen) darf 85 Pfennig nicht übersteigen, für Kalbfleisch werden 85 Pfennig festgesetzt. 4. Der Preis für Minder (Ochsen ausgenommen) darf 50 Mark für den Zentner Lebendgewicht nicht übersteigen, für Kälber werden 60 Mark festgesetzt. Ueberschreitung der Höchstpreise wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Außerdem werden die Metzger darauf hingewiesen, daß der Ankauf von Kindern und Schweinen im Bezirk durch auswärtige Händler verboten und jede Ausfuhr ohne bezirksamtliche Genehmigung untersagt ist. Landwirte, die Kinder und Schweine nach auswärts verkaufen wollen, können sie dem Metzgerbunde für Metzvieh in Landshut oder dem Bezirksamte anbieten.

Der Magistrat der bayerischen Gemeinde verdient volle Anerkennung dafür, daß er in energischer Weise dem Fleischwucher das Handwerk zu legen sucht. Der Ruf nach Höchstpreisen für Vieh wird von ihm in die Praxis umgesetzt, und wir erleben aus dem Erlass, daß die Höchstpreise, wenn auch immer noch hoch genug, doch sehr erheblich niedriger sind, als die skandalösen Wucherpreise, die anderenorts für Vieh und Fleisch gezahlt werden müssen. So folgten in München, dem nächsten größeren Viehmarkt, die Schweine pro Zentner Lebendgewicht 96 bis 113 Mark. Was sich hier in einer kleinen Gemeinde verwickeln läßt, wäre sicher auch im Reich, wenn auch mit etwas mehr Schwierigkeiten, möglich. In Preußen scheint für ein derartiges Vorgehen keine Geneigtheit zu bestehen.

Griesheim, 10. Aug. (Unliebames von der Kriegsfürsorge.) Im „Hochrheinisches Kreisblatt“ lesen wir unter obigem Titel. „In der letzten Griesheimer Gemeindevorstellung kam es gelegentlich der Erhöhung der Kriegsfürsorge-Unterstützungsgelder zu einer lebhafte Aussprache über mancherlei unliebsame Beobachtungen, die man hinsichtlich der Lebenshaltung mancher Kriegerfamilien gemacht haben will. So wurde erwähnt, daß eine der die Kriegsunterstützung beziehenden Frauen auf dem Markte Mischellen zu 85 Pfennig das Pfund gekauft habe, nachdem wohlhabende Leute sie nicht kauften, weil sie diesen zu teuer waren. Andere hätten die von der Gemeinde gelieferten Kartoffeln nicht selbst geholt, sondern sie sich bringen lassen und die Kosten stattdessen bezahlt; wieder andere fänden die von der Gemeinde beschafften Konerven nicht für gut und gingen deshalb lieber zu Weizler nach Frankfurt, um da einzukaufen und sich dabei an Kaffee und Kuchen zu laden, usw. Nun kann man ja ruhig zugestehen, daß bei solchen Beschwerden leicht Uebertreibungen unterlaufen; aber so ganz „ohne“ ist die Sache nicht; denn ähnliche Beobachtungen will man auch anderwärts gemacht haben.“ Die Redaktion des „Kreisblattes“ wird den Beweis für die nichtunwürdigen Beobachtungen armer Kriegerfamilien wohl schuldig bleiben. Unsere Leser können aber wieder sehen, wie bürgerliche Zeitungen den „Burgfrieden“ beachten.

Höchst a. M., 10. Aug. (Bonder Mainsschiffahrt.) Diese bewegt sich augenblicklich in bescheidenen Grenzen. Umfangreicher gestaltet sich seit einigen Wochen nur die Verfrachtung von Brettern und Sägewerk für den Talverkehr. Die Holzwaren kommen von bayerischen Höfen und sind für den Mittel- und Niederrhein (Solland) bestimmt. Der Bergverkehr ist seit Wochen unverändert gering. Der größte Teil des zur Verfügung stehenden Schiffsraumes kommt leer oder stark aufgeleiert an. Im Herbst erhofft man eine stärkere Belebung des Mainsschiffahrtsverkehrs.

Ansbach i. L., 8. Aug. (Gemeindevorstellung.) In der heutigen Gemeindevorstellung wurde zunächst über eine ländliche Fortbildungsschule beschlossen, die der Kreis einzuführen empfiehlt. Von einer ländlichen Fortbildungsschule nimmt die Gemeindevorstellung Abstand, weil sie die seither bestandene gewerbliche Fortbildungsschule auch für die Zukunft weiterzuführen beabsichtigt. Da in diesem Jahre voraussichtlich ein Mangel an Streu eintreten wird, hat die Gemeindevorstellung in Berlin ihre untergeordneten Anstellungen beauftragt, daß da, wo ein solcher Mangel zutage tritt, die Fortpflanzungen die Erlaubnis erhalten sollen, nach der dann die Landwirte ihren Streubedarf durch Kauf aus den Waldungen decken sollen. Die Gemeindevorstellung beschließt, daß solches aus den Gemeindevorstellungen zum Preise von 1,50 Mark pro 2 Wagen verabfolgt wird. Ein Antrag unserer Genossen, der nun zur Beratung kommt, bezweckt, daß bei allen auszuföhrenden Gemeindevorstellungen während des Krieges jeder bedürftige Ortsbewohner zugelassen werden soll. Dieser Punkt zeitigte eine eingehende Aussprache, bei der die Schwierigkeiten erörtert wurden, die der Antrag in bezug auf die bereits vor dem Kriege vergebene Gemeindevorstellungen nahegelegt wird, die bedürftigen Ortsbewohner bei der Ausführung der Arbeiten zu berücksichtigen. Bei den noch zu vergebenden Gemeindevorstellungen soll der Antrag unserer Genossen schon gleich bei der Vergabung berücksichtigt werden.

Schwannheim, 8. Aug. (Gemeindevorstellung.) Wegen der Befolgung der beiden kommunalrätlichen Beschlüsse der Gemeinde immer noch in Unterhandlung mit der Kreis-Bezirksvertragskommission. Aus dem letzten Schreiben ist zu ersehen, daß sie auf ihrem alten Standpunkt beharrt (500 Mark pro Kgt und Jahr, ausschließlich Impfgeldern). Nur während des Kriegsjahres sollen die Sätze auf 400 Mark erniedrigt, ab 1. April 1916 aber die geforderten 500 Mark gezahlt werden. Beschlossen wird, die Aufsichtsbehörde hierüber zu hören. In einem Schreiben der Kreisförsorge wird der Erhöhung der monatlichen Unterstützungssätze für Frauen mit 3 Mark und für jedes Kind 1,50 Mark das Wort geredet. Der Gemeinderat hält die geleisteten Unterstüzungen für unzureichend, obwohl die meisten Familien tatsächlich das Fleisch nur dem Namen nach noch kennen. Kommt eine Kriegerfrau auf das Rathaus und verlangt Unterstüzung, so wird sie vom Bürgermeister mit allen möglichen Ausreden abgewimmelt, es sei denn, man droht mit dem Gang zum Herrn Landrat. Das läßt dann etwas. Mit einem Wort, die Leute bekommen die Unterstüzung durch die Kriegsförsorge ver-

stell. Auf Anfrage wird bekanntgegeben, daß bis jetzt 3000 Mark für Unterstüßungen, 400 Mark für Richtungsätze, 3200 Mark für Sterbegelder und 3000 Mark für Kostbarkeiten verbraucht sind. Vertreter Schumann findet, daß in Anbetracht der über 600 Kriegsteilnehmer mit den Unterstüßungen zu arg gekürzt wird. Richtiger wäre es gewesen, wenn Schumann mit Material aufgewartet hätte, das ihm die benachteiligten Frauen gebracht haben, nachdem der Bürgermeister alles so ruhig geschwiegen hatte. Der Ankauf von Rohstoffen, Kartoffeln und von sonstigen Bedürfnissen soll in der Kriegskasse besprochen werden, ebenfalls auch die oben erwähnten Unterstüßungszahlen. Verschiedene Gemeindevorstände sollen, da sie nicht mehr bezahlt werden, beteiligt werden. Der Leihim im Prinzip beschlossene Verkauf und die Verpachtung von Waldgelände am Pololplatz an Herrn v. Schömann zwecks Ansiedlung liegt schriftlich vor und wird genehmigt. Verkauf werden 2 Hektar und 64 Ar zum Preise von 2 Mark pro Quadratmeter, macht 52 688 Mark. Davon werden 38 000 Mark sofort bezahlt, der Rest wird bis 1920 mit 4 1/2 Prozent verzinst. Der Folgestand auf dem Gelände wird mit 8856 Mark in Berechnung gebracht. Verpachtet wird 1 Hektar 66 Ar mit jährlich 467 Mark, zahlbar halbjährlich. Die Pachtdauer läuft bis 1920; dem Pächter wird bis 31. Dezember 1916 das Verkaufrecht mit 5000 Mark pro Morgen eingeräumt. Herr v. Weinberg will den an den Pololplatz verpachteten Pololplatz mit 5000 Mark pro Morgen käuflich erwerben. In Frage kommen etwa 45 Morgen. Der Vertreter Schumann, Pfeffer und Berg meint der Verkauf etwas komisch an, um so mehr, da v. Weinberg sich vor dem Eisenbahndamm schon vor langer Zeit angeeignet hat. Besonders Berg ist der Ansicht, daß der Kauf auf Spekulation hinausgeht. Jedoch hat Herr v. Weinberg, als er in der letzten Sitzung von der angelegten gekauften Kriegssteuer hörte, sich zum Ankauf kurz entschlossen, auf daß die Gemeinde von diesem Geld (für 45 Morgen etwa 225 000 Mark) die Kriegsteuern, die der millionenreiche Herr schließlich in Form von Kriegssteuer, mindestens einen Teil davon, zu leisten hätte, bezahlen kann. In seinem Vorteil hat er also nach dem Wald. Die meisten Vertreter berühren natürlich den Verkauf. Gegen die Stimmen der Vertreter Berg, Schumann und Pfeffer wird dem Verkauf im Prinzip zugestimmt. Der Gemeinde würde es wohlhabend nicht schaden, wenn sie den Kriegsfrauen nach dieser Einnahme eine halbwegs anständige Unterstüßung gewähren würde.

Aus Frankfurt a. M.

Abermalige Erhöhung der Verkaufspreise für Schweinefleisch und Wurstwaren.

Die Fleischverwaltung hat erneut die Detailverkaufspreise für Schweinefleisch und Wurstwaren erhöht. Als Grund werden die hohen Preise auf dem Viehmarkt angegeben. In der Tat sind die Preise auf dem Schweinemarkt trotz größeren Auftriebs am Montag wieder stark in die Höhe gegangen. Der Notierung vom Donnerstag gegenüber wurde in den vier Gewichtsklassen für Schlachtgewicht am Montag gezahlt: 168 bis 175 Mark (160 bis 165), 165 bis 170 (159 bis 162) und je 170 bis 175 (160 bis 165) in der dritten und vierten Gewichtsklasse. Der höchste Preis für Lebendgewicht war 145 Mark (3 Stück), der niedrigste 130 Mark (3 Stück), bei Schlachtgewicht der höchste Preis 180 Mark (12 Stück), der niedrigste 143 Mark (1 Stück). Die größte Zahl (212 Stück) wurde zu 175 Mark pro Zentner gekauft.

Die Fleischverwaltung hat nun die Preise für den Kleinverkauf wie folgt erhöht: Schweinefleisch mit Beilage 1.40 Mark pro Pfund (bisher 1.20), ohne Beilage 1.90 (1.70), Schweinebraten ohne Knochen 2.20 (1.90), Koteletts und Solbraten 2.00 (1.80), gefülltes Solbraten 2.20 (2.00), Schinken, Frikas und Rindfleisch 2.30 (2.00), geräucherter Knochenbraten 2.00 (1.80), geräucherter Schinken ohne Knochen 2.40 (2.10), gefüllter Schinken im Querschnitt 3.60 (3.20), Dörrfleisch 2.00 (1.70), geräucherter Speck 2.00 (1.70), Schmalz, roh und ausgelassen 1.50 (1.60), Fleisch, Gell- und Hausmacherwurst und Breisbrot 2.00 (1.80), grobgehackte Bratwurst und Schweinebraten 2.20 (2.00), Zungen- und Schinkenwurst 2.20 (2.00), frische Bratwurst und Füllsel 2.00 (1.80), Leber- und Blutwurst 1.60 (1.40), dieselbe in breitem Darm 1.80 (1.60), geräucherte Frankfurter Würstchen 2.00 (1.60) und Wurstfett 1.40 (1.20) Mark.

Das sind Preise, die es nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch dem Mittelstand unmöglich machen, noch Schweinefleisch oder Wurstwaren zu genießen. Dieser Preistreiber gegenüber, für die wir die Mehler nicht allein verantwortlich machen, erscheint die Festsetzung von Höchstpreisen für Vieh und Fleisch als eine immer dringendere Notwendigkeit.

Bootsunglück. Im Osthafen schlug vorgestern Abend ein mit mehreren Personen besetztes Boot um, wobei zwei junge Mädchen ins Wasser stürzten. Während das eine Mädchen sich durch Festhalten an dem Bootsrand retten konnte, ertrank die 23jährige Elisabeth Herwig aus Offenbach. Die Leiche wurde nach einer halben Stunde geborgen.

Der Postfachschwindel. Der hier wegen großer Postfachschwindel verhaftete ehemalige Postassistent Karger hat, wie die weitere Untersuchung vorläufig ergab, seine kaum glaubwürdigen Schwindelgeschichten schon seit Monaten geübt und den Postfiskus um etwa 1 000 000 Mark betrogen, die sich auf die verschiedenen Postanstalten verteilten. Die vielen Schwindelgeschichten, denen die Post in jüngster Zeit zum Opfer fiel, werden auf Karger zurückgeführt. Untersuchungen in diesen Richtungen sind bereits im Gange.

Deutsche Schwerverwundete in Frankreich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Leiden unserer Schwerverwundeten in Frankreich:

Ein ausserordentlicher Schwerverwundeter Reservegefreiter des Kaiser Alexander Garde Grenadier Regiments Nr. 1 Wilhelm Delbühl, schilderte seine Erlebnisse in Frankreich unter Eid wie folgt: Er wurde am 8. September 1914 bei Chalons durch einen Granatsplitter am Unterarm so schwer verwundet, daß der Arm am folgenden Tage in einem deutschen Feldlazarett abgenommen werden mußte. Drei Tage später nahmen die Franzosen das ganze Lazarett gefangen. Delbühl wurde mit elf anderen Schwerverwundeten nach Asle-de-St. transportiert. Die Fahrt dauerte 48 Stunden. Die zwölf hilflosen schwerverletzten Leute hatten furchtbare Leiden auszustehen. Das Asteil dritter Klasse, in welchem sie sich befanden, hatte nur acht Sitzplätze, jedoch immer vier der Unlücklichen steben mußten. Weder ein Arzt noch ein Krankenpfleger waren zugegen. Die Nahrung bestand aus ein wenig trockenem Brot und Wasser, das im ganzen zweimal gereicht wurde. Mehrere der stark fiebernden Schwerverwundeten wurden auf Anbahnstationen ausgeladen, zwei der übrigen starben hilflos im Asteil. Am 14. September kam der Transport in Asle-de-St. an.

Kalte unzureichende Unterkunftsräume, ungenügende Verpflegung, schlechtes Essen, mangelhafte ärztliche Behandlung — das waren die Segnungen der französischen Kultur, welche die

Unlücklichen kennen lernten. In den ersten drei Wochen wurde ihnen morgens überhaupt keine Nahrung gereicht. Auch in der Folgezeit war sie gänzlich unzureichend. Von Abwaschung war keine Rede. Bohnensuppe wechselte mit Kartoffelsuppe. Die Würste bestanden aus zähem Rindfleisch, das die Zähne kaum zerreiben konnten, und aus Waden, welche in der Suppe herumschwammen. Die Bohnen waren hart und ungenießbar. Rüssel und Teller wurden erst nach mehr als sechs Wochen zur Verfügung gestellt. Bis dahin mußte eine alte Konservebüchse ausbleiben, die auf dem Kasernenhofe gefunden worden war. Die ersten vier Wochen durften sich die Gefangenen nicht einmal waschen, obgleich in unmittelbarer Nähe ein Brunnen stand. Die französische Krankenpfleger, die entgegen dem Verbot von dort einmal Wasser für die Verwundeten zur Reinigung holte, wurde streng verwahrt und nicht wieder zu ihnen gelassen.

Am unerhörtesten war die sogenannte ärztliche Behandlung. In den ersten vier Tagen war überhaupt kein Arzt vorhanden. Die Wunden eiterten weiter und wurden nicht verbunden. Die bedauernswerten Opfer französischer Rachsucht mußten sich die Wunden selbst aus den Wunden herausziehen, um nicht bei lebendigem Leibe zerfressen zu werden. Eine hörsartige Verfallstimmung der Wunden war die unausbleibliche Folge. Aber die Verhältnisse besserten sich auch kaum, als einige Ärzte eintrafen. Sie bemühten sich nicht zu den Kranken, sondern ließen diese trotz der schweren Verwundungen auf dem Kasernenhofe antreten und warten. Manche der Verwundeten wurde ohne jede Untersuchung wieder fortgeschickt, andere nur oberflächlich behandelt. Die meisten der französischen Ärzte zogen es vor, Zigaretten zu rauchen und sich zu unterhalten. Rohheit und Unfähigkeit machten sich geltend. Ein Mann, der einen Fußschuß hatte und um Behandlung bat, wurde von einem französischen Marinearzt mit dem Fuß getreten und aus dem Verbandszimmer mit Stößen herausgeworfen; ein anderer hatte einen Armbruch und klagte dies den Ärzten, die aber bei der Untersuchung angeblich nichts feststellen konnten; er wurde erst später von einem Krankenpfleger geschickt. Für die besonders schwer verwundenen Leute diente ein besonderer Raum als Unterfunkt, ein Versteck, in dem es von Ratten wimmelte. Ein unerträglicher Gestank herrschte; die französischen Ärzte hielten sich die Nase zu, wenn sie den Raum betraten, und eilten schleunigst wieder hinaus. Alles dies ereignete sich trotz des Vorhandenseins reichlicher Mengen von Verbandsmaterial. Auch sechs hilsbereite deutsche Sanitätspersonen waren im Lager. Aber sie durften sich um die

Kranken nach den ausdrücklichen Anordnungen der französischen Ärzte nicht kümmern und auch ihr Verbandzeug nicht zur Verfügung stellen. Es war eben nichts anderes als niedrige Rachsucht und kleinliche menschenunwürdige Gemeinheit, die den Grundzug für die Behandlung der Verwundeten abgaben. Bestätigt wird diese Aussage durch gleichlautende eizliche Befundungen anderer Gefangener, die in dem gleichen Lager in ebenso schamloser Weise behandelt wurden.

Wenn gleich diese empörende Behandlung unserer Verwundeten Vergeltungsmassregeln nahelegt, wird die deutsche Regierung doch darauf verzichten, für diese Verhöhnung allgemeiner Menschenrechte an den französischen Kriegsgefangenen in Deutschland Vergeltung zu üben.

Telegramme.

Englische Gewerkschaftsnöte.

London, 10. Aug. (B. B. Nichtamtlich.) Hier ist ein Komitee für Gewerkschaftsrechte gebildet worden. Dessen Zweck ist, die Gewerkschaften gegen jede Gesezgebung zu schützen, die ihre industriellen, sozialen und politischen Rechte und Befähigungen zu unterdrücken strebt. Es wurde ein Manifest an die Gewerkschaften gerichtet, in welchem es heißt, daß das Streikrecht um jeden Preis wieder gewonnen werden müsse.

Betrügerische englische Soldaten.

Woolwich, 10. Aug. (B. B. Nichtamtlich.) Der Prozeß gegen mehrere Soldaten und ihre Angehörigen wegen Betruges gegen den Militärfiskus hat begonnen. Die Soldaten machten falsche Angaben über die bis zum Eintritt in die Armee verdienten Löhne und der an die Angehörigen bezahlten Unterstüßungen, um für die Militärdienstzeit höhere Zuwendungen an die Angehörigen zu erwirken. Der Staatsanwalt erklärte, daß solche falsche Vorpiegelungen in Sonderheit von Fällen zur Gewährung höherer Unterstüßungen führten und daß Tausende von Betrugsversuchen gemacht wurden.

Wiesbadener Theater.

Kaisers Theater.

Dienstag, 10. August, 7 Uhr: „Jugend“.
Mittwoch, 11. August, 7 Uhr: „Der Reineckbauer“.
Donnerstag, 12. August, 7 Uhr: „Die Frau vom Meer“.

Städtischer Zuckerverkauf

Marktstraße Nr. 17

vormittags von 8—1 Uhr, nachmittags von 3—8 Uhr

Feinster Griechischer Zucker

per Pfund 26 Pfg.

in beliebigen Quantitäten.

Der Verkauf erfolgt an jedermann gegen Vorzeigung der Brotausweis Karte.

Der Magistrat.

Städtischer Marktstand

Hinter dem Rathaus.

Brotausweis Karte ist vorzulegen.

Verkauf täglich von 8—1 Uhr.

Prima gelbe Kartoffeln

1 Kumpf (8 Pfund) 56 Pfg.
1/2 Kumpf (4 Pfund) 28 Pfg.

Feinstes Pfälzer Weiss- u. Rotkraut

zu billigsten Tagespreisen.

la Stangenbohnen.

Donnerstag ab: Der Magistrat.

Restaur. zum Andreas Hotel

Schwalbacherstrasse 59.
Geeignete Speisen und Getränke
Restauration zu jeder Tageszeit.
Besonders empfehle mein schönes
Veranda. Wohnungslokal 1907

Ludwig Stöcklein.

Hasentelle

werden jederzeit unter garantierter
männlicher Aufsicht. 29 830
Niedrich a. Rh., Sankt-Elisabeth-Str. 2.

Der Landturm

Die für an... unange-
biete Landturm... geltenden
militärischen Bestimmungen.
Kultur, Natur, Unterhaltung,
Reklamation, Zurückhaltung, Unab-
hängigkeit.

Preis 60 Pfg. Anstandslos Porto 5 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme